

# Das Wahlreglement muss warten

**LANGENTHAL** Das Parlament will die Regierungs- und Verwaltungsreform aktiv mitgestalten und hat erste Anträge des Gemeinderates gestern deutlich zurückgewiesen. Damit dürfte sich am Wahl- und Abstimmungsreglement bis zu den Wahlen 2012 voraussichtlich noch nichts ändern.

Es ging nicht nur, aber eben auch um die Gemeindewahlen 2012 an der Stadtratssitzung von gestern Abend. Zur Diskussion stand der erste Teil der Regierungs- und Verwaltungsreformorganisation – und damit unter anderem eine Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung für Gemeinderäte von heute zwei auf neu drei vierjährige Legislaturen. Wäre der Gemeinderat mit seinem Antrag durchgekommen und das Geschäft zuhänden der Stimmbewölkerung angenommen worden, hätten davon im Herbst 2012 auch die amtierenden Gemeinderätinnen Laura Baumgartner (SP) und Paula Schaub (EVP) profitieren können. Sie nämlich dürften nach gültiger Regelung zu den nächsten Wahlen nicht mehr antreten. Und dabei dürfte es nun wohl auch bleiben. Denn mit 19 Ja zu 10 Nein (bei 7 Enthaltungen) wurde das Geschäft nach zahlreichen Wortmeldungen doch relativ deutlich zurückgewiesen.

## Stadtrat will Gesamtpaket

Dies, nachdem Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) darauf hingewiesen hatte, dass eine Umsetzung auf die Wahlen 2012 hin damit eher unwahrscheinlich sei. Doch zumindest auf bürgerlicher Seite war man sich einig: Die Regierungs- und Verwaltungsreform dürfe nicht in Etappen, sondern müsse ganzheitlich angegangen werden. Insbesondere die Einführung eines Geschäftsführermodells in der Verwaltung, die nach Ansicht des Gemeinderates erst in einem zweiten Schritt hätte diskutiert werden sollen, habe auch auf die künftigen Aufgaben und damit auf die Grösse des Gemeinderates Einfluss, hielten sowohl die SVP wie auch die FDP/JLL-Fraktion fest.

Es war Letztere, die wie angekündigt den Antrag stellte, das Geschäft deshalb zurückzuweisen. Zahlreiche Enthaltungen bei der Abstimmung zeigten, dass auch SP und Grüne diese Mei-



**Klares Votum:** SVP und FDP/JLL haben gestern den ersten Teil der Verwaltungs- und Regierungsreorganisation einhellig zurückgewiesen. Damit dürfte eine Anpassung des Wahlreglements wohl kaum noch auf die Gemeindewahlen 2012 hin erfolgen.

Thomas Peter

nung zumindest ansatzweise teilen.

Die Regierungs- und Verwaltungsrevision dürfte die Politik damit noch länger beschäftigen. Beat Sterchi (SVP) forderte gar ausdrücklich eine Einbindung von Parlamentariern ins Projekt, wie es auch bei der Sanierung des Stadttheaters der Fall ist. Und auch Stadtpräsident Rufener wies in diese Richtung: «Man muss die Projektorganisation noch einmal überdenken», räumte er ein. Er sei beeindruckt von der Tiefe der Diskussion im Parlament – und sei «auch etwas stolz auf das, was der Gemeinderat mit dem Geschäft ausgelöst» habe. «Dass wir gelegentlich etwas zu schnell sind, nehme ich erfreut zur Kenntnis.»

## Relevant für die Wahlen 2012

Erste Entscheide zur Regierungs- und Verwaltungsreform fallen wollen hätte gestern offenbar einzig die EVP/GLP-Fraktion. Daniel Steiner (EVP), der mit seinem Vorstoss eine Locke-

nung der Amtszeitbeschränkung überhaupt erst angeregt hatte, versuchte jedoch vergeblich, den Rückweisungsantrag der FDP an die Bedingung zu knüpfen, dass eine erste Teilrevision noch auf die Wahlen 2012 hin erfolgen müsse. «Lieber eine gute Lösung als jetzt etwas durchbreitern, nur damit man es auf die Wahlen hin schon anwenden kann», plädierte Beatrice Lüthi (FDP). Und auch Beat Sterchi legte seinen Parlamentskollegen nahe, nicht überstürzt vor den Wahlen einen Entscheid zu fällen.

## FDP will Majorzwahlen

Denn noch scheinen zu viele Punkte strittig zur Regierungs- und Verwaltungsreform. So lehnen SVP und FDP/JLL eine Lockerung der Amtszeitbeschränkung klar ab, während EVP/GLP und SP/GL diese begrüssen. Umstritten blieb gestern zudem die Unvereinbarkeit: Während FDP-Stadtrat und GPK-Präsident Urs Zur Linden infrage stellte, ob Schulleiter zugleich ein Ge-

## BEHÖRDENENTSCHÄDIGUNGEN

### Vorerst keine Lohnerhöhungen

Nicht nur hinsichtlich der Gemeindewahlen 2012 hätte der Stadtrat gestern Abend erste Entscheide fällen sollen. Auch eine Revision des Personalreglements, genauer eine Anpassung der Entschädigung für Behördenmitglieder entsprechend der zwischenzeitlich erfolgten Teuerung, stand im Rahmen des ersten Teils der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation auf der Traktandenliste (wir berich-

teten). Nachdem das Parlament schon den ersten Teil des Geschäfts zurückgewiesen hatte, fand aber auch ein Antrag von Markus Gfeller (FDP), die Entschädigungsfrage sei unter diesen Umständen ebenfalls zurückzuweisen, mit 28 Ja zu 0 Nein (bei 8 Enthaltungen) eine klare Mehrheit. Die Entschädigungen für Behördenmitglieder bleiben somit vorerst unverändert bei den heutigen Ansätzen. *khl*

meinderatsmandat ausüben dürfen sollten, wies SVP-Stadtrat und Schulleiter Armin Flükiger darauf hin, dass Behördenmitglieder nicht nur aus dem Bildungsbereich ihre Interessen auch politisch vertreten würden.

Der Antrag der SP, den Gemeinderat von heute 7 auf neu 5 Mitglieder zu verkleinern, blieb nach der Rückweisung des ge-

samten Geschäftes gestern vorerst unbeantwortet – ebenso wie der Antrag der FDP/JLL-Fraktion, den Gemeinderat künftig im Majorzwahlssystem zu wählen. Ein Grundsatzentscheid zu diesem Antrag dürfte indes bereits Anfang 2012 fallen: Die FDP/JLL hat gestern einen entsprechenden Vorstoss «Köpfe statt Listen» eingereicht. *Kathrin Holzer*

## Nur noch eine statt drei Schulen am Berg?

**JURA** Der Schulverband Farnern, Rumisberg und Wolfisberg prüft die Konzentration auf nur noch einen Standort.

In Farnern, Rumisberg und Wolfisberg gibt es immer weniger Kinder. Deshalb prüft die Schulverbandskommission der drei Gemeinden jetzt die Konzentration auf nur noch einen Standort. Das wurde an der Verbandsversammlung in Rumisberg bekannt. In diesem Schuljahr und im Schuljahr 2012/2013 gehen die Kindergartenkinder in Wolfisberg zur Schule, die Erst- bis Drittklässler in Rumisberg und die Viert- bis Sechstklässler in Farnern. Laut Schulverbandspräsident Philipp Burgener (Rumisberg) werden im Schuljahr 2014/2015 voraussichtlich aber nur noch 52 Kinder den Kindergarten und die Primarschule besuchen. Ob Schulinspektorin Silvia Jäger die gleiche Struktur mit einer Kindergarten- und zwei

Schulklassen bewilligen wird, ist noch nicht entschieden.

Laut Burgener werden jetzt zur Stärkung des Schulstandorts am Berg alle Vor- und Nachteile der drei Schulhäuser und die Lage der Ortschaften überprüft. Es wird sogar ein Schulhausneubau in Erwägung gezogen. So verfügt Wolfisberg über das geeignetste Schulhaus, hat aber keine Turnhalle. Rumisberg liegt im Zentrum der drei Dörfer, hat eine Turnhalle, aber ein zu kleines, verkehrsmässig ungünstig gelegenes Schulhaus. Und Farnern hat weder eine Turnhalle noch ein geeignetes Schulhaus.

Soeben wurde der Schülertransport neu organisiert: Ab 11. Dezember werden die Schüler der Berggemeinden per Linienbus transportiert. Damit fallen beim Verband die Schulbuskosten von jährlich über 40 000 Franken weg. Neu übernehmen die Gemeinden die Busabonnementskosten der Kinder. *knr/drh*

## Ab Montag gibts Methadon

**LANGENTHAL** Nächste Woche öffnet an der Bahnhofstrasse die Methadonabgabestelle für Drogenabhängige.

Jetzt ist es so weit: Die Stiftung Contact Netz eröffnet am kommenden Montag im Unia-Gebäude an der Bahnhofstrasse 32 ihr Zentrum für ambulante Suchtbehandlung (ZAS). Das heisst, eine Methadonabgabestelle für Drogenabhängige. Das ZAS Langenthal geht in der Anfangsphase laut einer Medienmitteilung von 30 bis 40 Benutzern aus. Bei zusätzlichem Bedarf könne das Angebot erweitert werden.

Mit den Patienten wird ein Behandlungsvertrag abgeschlossen. Sie erhalten im ZAS die erforderliche Dosis der Ersatzsubstanz. Das ZAS wird von Montag bis Freitag von 7.30 bis 9.30 Uhr und am Freitag zusätzlich von 18 bis 19 Uhr geöffnet sein. Durch das Angebot könnten die Hausärzte entlastet werden, heisst es in der Medienmitteilung.



**Auf der Rückseite dieses Hauses** öffnet die Methadonabgabestelle. *T. Peter*

Contact Netz musste für die Umnutzung der Räume ein Baugesuch einreichen. Bedenken betreffend Nachbarn und Geschäfte seien im Rahmen von Einspracheverfahren aufgenommen und geregelt worden, schreibt Contact Netz. In der Antwort auf einen Vorstoss von SVP-Stadtrat Beat Sterchi (SVP) schrieb der Gemeinderat, eine Szenenbil-

dung vor dem ZAS sei nicht zu befürchten, denn die Betreiberin werde regelmässig die Umgebung kontrollieren und Patienten, die sich nicht an die Regeln hielten, vom Programm ausschliessen. Zudem wies er darauf hin, dass die ZAS-Patienten nicht grundsätzlich kriminalisiert oder der offenen Drogenszene zugeordnet werden dürften. *pd/drh*

## In Kürze

### LANGENTHAL/BLEIBENBACH

#### Fusion der beiden Feuerwehrern

Einstimmig genehmigte der Stadtrat im zweiten Anlauf die Fusion der Feuerwehren Langenthal und Bleibenbach. Laut Gemeinderat Rolf Baer (FDP) ergeben sich daraus nur Vorteile. GPK-Präsident Urs Zurlinden erklärte, die Haltung der Gebäudeversicherung punkto Beiträge sei zwar nicht konsequent, aber man bekomme jetzt sogar noch gut 9000 Franken mehr. *rgw*

### LANGENTHAL

#### Parlament ist wieder Pnos-frei

Die rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) ist nicht länger im Stadtparlament vertreten. Wie Stadtratspräsident Roland Christen (SVP) gestern bekannt gab, ist Pnos-Vorredner Tobias Hirschi per Ende Oktober zurückgetreten. Hirschi war 2004 in den Stadtrat gewählt worden und 2008 nicht mehr zu den Wahlen angetreten, nahm aber nach der Demission seines 2008 gewählten Parteikollegen Timotheus Winzenried 2010 erneut Einsitz im Stadtrat. Wer den freien Sitz nun erbt, ist offen. Erst vor kurzem hat die Pnos erklärt, zu den Wahlen 2012 nicht mehr anzutreten. Dass sie bis zum Ende der Legislatur selber Anspruch auf den freien Sitz erhebt, ist daher unwahrscheinlich. Profitieren könnte trotz schlechtem Wahlergebnis 2008 nun die EDU. Dies, weil FDP und Grünliberale ihre Restmandate bereits heute beanspruchen. *khl*

### LANGENTHAL

#### Bernhard Marti

Der Stadtrat wählte auf Vorschlag der SP den Juristen Bernhard Marti in die Geschäftsprüfungskommission. Er ersetzt den verstorbenen Fritz Fiechter. *rgw*

### LANGENTHAL

#### Solkarkataster

Christoph Stäger (GLP) verlangte von der Stadt die Erstellung eines Solkarkatasters. Es sollen jene Dachflächen konkret bezeichnet werden, welche sich am besten für Solaranlagen eignen. Beat Sterchi (SVP) warnte vor der Veröffentlichung einer Liste mit privaten Liegenschaften, und zwar zum Schutz der Hauseigentümer. Manuel Ischi (GLP) entgegnete, es gehe dabei lediglich um bereits öffentlich zugängliche Daten. Das Postulat wurde erheblich erklärt, aber nicht wie von Helena Morgenthaler (SVP) verlangt auch gleich abgeschlossen. *rgw*

### LANGENTHAL

#### Ja zu Dahlia und zum Demenzdorf

Zum Schluss der gestrigen Stadtratssitzung informierte Gemeinderat Reto Müller (SP) über die Haltung Langenthals zur neuen Strategie im Oberaargauischen Pflegeheim Wiedlisbach (OPW). Man werde an der DV vom Mittwoch den Vorschlägen des Verwaltungsrates zustimmen. Dies, nachdem sich der Gemeinderat mit den Verantwortlichen der Dahlia AG und des OPW getroffen habe. Der Gemeinderat werde jedoch das Geschäft Haslibrunnen einige Wochen zurückstellen. Die Pläne in Wiedlisbach könnten auch die Überlegungen um die Pflegebetten in Langenthal beeinflussen. Geklärt habe man zudem die Auswirkungen auf die Pensionskasse der Stadt, der die Mitarbeiter des OPW angehören. *rgw*